

Viele aus Ober-Laudenbach

Hier wird Politik gemacht

WN/OZ vom 31. Januar

Nein, es wird hier keine Politik gemacht – wie Herr Fleischmann meint – aber es werden hier Grundsätze der Demokratie erwartet und eingefordert. Es wurde – ganz richtig – mehrheitlich eine Entscheidung zur Realisierung eines Gemeindehauses getroffen, genauer gesagt waren es derer zwei.

Demokratisch beschlossen wurden im Kirchengemeinderat (KGR) bisher nur der Auslobungstext und die Mehrfachbeauftragung mit folgenden Vorgaben: „Durch die Bebauung soll die Sichtbarkeit der Kirche nicht eingeschränkt oder beeinträchtigt werden.“

Und: „Die Ausstellung der Entwürfe erfolgt für zwei Wochen, bis zum 4. August 2017, und findet in der Martin-Luther-Kirche statt.“ Im Protokoll zur Gemeinderatssitzung am 11. Mai 2016, in der es um „den Grundsatzbeschluss zur Flächenbereitstellung im Rahmen des Erbbaurechts“ ging, so der Bürgermeister, steht weiter, dass die Verwaltung dies für tragbar halte, „wobei im Architektenwettbewerb vorzugeben sei, dass die Martin-Luther-Kirche einsehbar bleiben müsse“.

Und weiter heißt es in diesem Protokoll: Die Dorfkirche habe prägenden Charakter, die Sicht darauf dürfe auf keinen Fall beeinträchtigt werden und das Einfügen des Neubaus in die Umgebung müsse gewährleistet bleiben. Alle diese genannten Vorgaben wurden in den danach folgenden Beschlüssen des KGR schlichtweg ignoriert, auch von der übergeordneten Fachbehörde (Oberkirchenrat), und sind damit ohne rechtliche Grundlage.

Aber das weiß oder interessiert den Leserbriefschreiber ebenso wenig, wie ihm „die Heppenheimer egal sind“ – wie anmaßend, denn 10 Prozent der Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde kommen aus Ober-Laudenbach, einem Heppenheimer Stadtteil. Der „Heppenheimer Politiker“ hat sich auch nicht „den Bau des Gemeindezentrums als politisches Betätigungsfeld ausgesucht“, da er mit seinem Fraktionsvorsitz im Kreistag hinreichend ausgelastet ist. Wie passend dazu war ein Bericht in der FAZ über die Gedenkfeier im Bundestag am 27. Januar.

Dort war zu lesen: „Hass ist einfach ein Gift – und letzten Endes vergiftet man sich selbst“, so die 92-jährige Anita Lasker-Wallfisch. Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble warnte in seiner Ansprache davor, sich auf die demokratische Beständigkeit der Institutionen zu verlassen. „Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Demokratie brauchen unser Engagement.“

Rosemarie Schwarz, Heppenheim